

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt

(A) **Gentechnisch veränderte Amflora-Kartoffel zuverlässig aus der Lebensmittel- und Futtermittelkette fernhalten**

– Drucksachen 17/1410, 17/1603 –

Berichterstattung:

Abgeordnete Dr. Max Lehmer

Elvira Drobinski-Weiß

Dr. Christel Happach-Kasan

Dr. Kirsten Tackmann

Ulrike Höfken

Der Ausschuss empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 17/1603, den Antrag der Fraktion der SPD auf Drucksache 17/1410 abzulehnen. Wer stimmt für die Beschlussempfehlung? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Damit ist die Beschlussempfehlung angenommen. Die Koalitionsfraktionen haben zugestimmt, die Oppositionsfraktionen dagegen.

Jetzt rufe ich den Zusatzpunkt 3 auf:

Aktuelle Stunde

auf Verlangen der Fraktion der SPD

Konsequenzen aus dem Ergebnis der Steuerschätzung für die Steuersenkungspläne der CDU/CSU-FDP-Koalition

Für die SPD hat das Wort der Kollege Joachim Poß.

(Beifall bei der SPD)

Joachim Poß (SPD):

(B) Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Mit dem heutigen Tag gibt es keine Ausflüchte mehr. Jetzt muss die Regierungskoalition endlich die Karten auf den Tisch legen.

(Beifall bei der SPD – Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: Full House, Herr Kollege!)

Die Bürgerinnen und Bürger und wir hier im Parlament haben ein Anrecht darauf,

(Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: Ober sticht Unter, Herr Kollege!)

von der amtierenden Regierung über so zentrale und so wichtige politische Fragen wie die von Ihnen immer wieder angekündigte Steuerreform informiert zu werden. Das gilt natürlich auch für die Strategie der Regierung zur Haushaltskonsolidierung.

Über Monate hinweg haben Sie alle hier, die Bundesregierung mit Kanzlerin Merkel an der Spitze, Herr Schäuble, aber jede Auskunft in der Sache verweigert. Die Bürgerinnen und Bürger haben mit der Regierung von Schwarz-Gelb die Katze im Sack gekauft. Das ist die Quintessenz des politischen Vorgangs der letzten Monate.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Die Bundeskanzlerin und ihre Koalition hatten bisher nur ein Ziel: Die Wahrheit soll erst nach der Wahl in Nordrhein-Westfalen ans Licht. Nur deshalb haben Sie

in den letzten Monaten immer wieder erklärt, erst müsse die Steuerschätzung abgewartet werden, als erwarteten Sie heute noch irgendwelche Überraschungen. Aber es hat heute keine Überraschung gegeben. Die öffentlichen Kassen bleiben leer, und zwar leider nicht nur in diesem, sondern auch in den folgenden Jahren. Es gibt mit dem heutigen Tag keine neue Lage. Dass wir kein Geld haben für weitreichende Steuersenkungen, haben wir alle, Sie und wir, bereits vor einem Jahr gewusst. (C)

(Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: Aha!)

Aber die FDP und Teile der Union haben so getan, als hätte es die tiefe Wirtschafts- und Finanzkrise nicht gegeben. Sie haben sich der Realität von Anfang an nicht gestellt. Sie haben sich Ihre eigene Welt geschaffen und werden jetzt Opfer dieser Illusion, die Sie bei den Bürgerinnen und Bürgern geschürt haben, leider bei der Bundestagswahl mit Erfolg, weil sie Ihnen teilweise geglaubt haben, dass es einen Spielraum für Steuersenkungen gibt; tatsächlich gibt es diesen aber nicht.

Erst vor wenigen Tagen hat die FDP auf ihrem Bundesparteitag ein Steuersenkungskonzept in Höhe von 16 Milliarden Euro beschlossen. Natürlich war Herrn Westerwelle, Herrn Pinkwart und allen anderen bestens bekannt, dass die heutige Steuerschätzung keine Steuersenkungsspielräume erbringen wird.

Aber wen von Ihnen interessiert das schon? Das ist nur die Realität, die man sich am besten weit vom Leibe hält. Sie setzen immer noch darauf, die Menschen mit Ihren Steuersenkungsfantasien locken zu können. Aber der nächste Sonntag wird Ihnen zeigen, (D)

(Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: Da ist Muttertag, Herr Kollege!)

dass das nicht mehr funktionieren wird, meine Damen und Herren von der Koalition. Das, was Sie am 27. September letzten Jahres noch geschafft haben, wird bei den Menschen in meiner Heimat Nordrhein-Westfalen nicht mehr funktionieren.

Viele von denen, die Sie am 27. September noch gewählt haben, werden Sie verlassen, und zwar wegen Ihrer Politik in Nordrhein-Westfalen und vor allem wegen Ihrer unverantwortlichen Politikinszenierung in Berlin. Sie sind endgültig an den Realitäten, an der Praxis gescheitert. Und Sie von der FDP sind überhaupt nicht regierungstauglich, wie alle feststellen konnten.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie schauspielern Regierung. Mehr ist das nicht. Ich meine in dem Fall nicht die CDU/CSU, die hat ja das Regieren ab 2005 bei uns gelernt.

(Lachen bei der CDU/CSU)

Es gibt nur zwei Möglichkeiten, irgendwelche Steuersenkungen zu finanzieren, nämlich durch die Ausplünderung der Sozialsysteme und das Ruinieren der Kommunen. Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei der SPD)

Joachim Poß

- (A) Nur wenn Sie diese beiden Dinge anpacken, haben Sie Spielräume für Steuersenkungen. Nun stellt sich die Frage: Ist das Ihre Strategie für die nächsten Jahre? Ist das die Politik von Frau Merkel und Herrn Schäuble? Diese Fragen müssen umgehend beantwortet werden. Bis jetzt sind Sie jede Antwort darauf schuldig geblieben.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der CDU/
CSU: Das war nichts!)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Für die Bundesregierung hat der Staatssekretär Hartmut Koschyk das Wort.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Hubertus
Heil [Peine] [SPD]: Armer Kerl!)

Hartmut Koschyk, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen:

Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Das Ergebnis der Schätzzrunde von Ländern, Instituten und Bundesregierung ist eindeutig: Bund, Länder und Gemeinden werden in den kommenden Jahren sehr enge finanzielle Handlungsspielräume haben. Die Folgen der Krise werden sich dabei noch über Jahre auf die öffentlichen Haushalte auswirken.

Für dieses Jahr ergibt die jetzige Steuerschätzung keine wesentliche Änderung gegenüber der letzten Steuerschätzung vom November. Hier wirken sich die von der Bundesregierung vorgenommenen Steuerentlastungen einerseits und die verbesserte Konjunkturlage andererseits aus, sodass es unter dem Strich zu einer leichten Verminderung des Steueraufkommens kommt und nicht zu der im Vergleich zur letzten Schätzung befürchteten Verminderung. Aber in den Jahren ab 2011 werden die Einnahmen auf allen staatlichen Ebenen im Vergleich zur letzten Mittelfriststeuerschätzung vom Mai 2009 deutlich geringer ausfallen.

(Carsten Schneider [Erfurt] [SPD]:
Überraschung!)

Das liegt auch daran, dass vor einem Jahr das volle Ausmaß der Krise noch nicht erfasst werden konnte. Und Sie erinnern sich sicherlich daran: Die Bundeskanzlerin hat in der Haushaltsdebatte gesagt, dass wir uns werden anstrengen müssen, um im Jahr 2013, was das Niveau der Volkswirtschaft und der Einnahmen aller staatlichen Ebenen angeht, wieder dort anzukommen, wo wir vor der Krise waren. Auch das macht die heutige Steuerschätzung deutlich: Sie prognostiziert für das Jahr 2013 ein gesamtstaatliches Steueraufkommen von 561 Milliarden Euro. Das hatten wir zuletzt im Jahre 2008, also vor dem Einbruch der Krise.

Eines ist uns in diesen Tagen sehr deutlich geworden, nämlich dass vor allem die aktuellen Entwicklungen in Europa die existenzielle Bedeutung solider Staatsfinanzen in den Mittelpunkt aller politischen Betrachtungen rücken.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Nur auf der Basis einer Solidität der Finanzpolitik ist der Erfolg des Euro auf Dauer zu sichern. Deutschland wird als Stabilitätsanker und als glaubwürdiges Vorbild in der EU heute und in Zukunft gebraucht. Die Steuerschätzung ändert nichts daran, dass auch Deutschland 2010 die als Obergrenze konzipierte 3-Prozent-Marke für das Staatsdefizit mit 5,5 Prozent weit überschreiten wird. Umso wichtiger ist es, dass wir die vom Stabilitäts- und Wachstumspakt geforderten 3 Prozent bis zum Jahr 2013 wieder erreichen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Werte Kolleginnen und Kollegen, für den Bundeshaushalt bedeutet das Ergebnis der heutigen Steuerschätzung,

(Sven-Christian Kindler [BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN]: Es ist wahr: Es gibt keine Spielräume für Steuersenkungen!)

dass wir in den nächsten Jahren außerordentlich ehrgeizig sein müssen. In den Jahren 2011 bis 2013 haben wir gegenüber dem geltenden Finanzplan aus dem Sommer 2009 Mindereinnahmen in Milliardenhöhe zu verkraften. Die Konsequenzen aus der heutigen Steuerschätzung werden wir im Rahmen unseres haushaltspolitischen Gesamtkonzeptes

(Carsten Schneider [Erfurt] [SPD]: Welches?
Das würden wir gern kennenlernen!)

für den Haushalt 2011 und den Finanzplan bis 2014 genau bewerten.

(Hubertus Heil [Peine] [SPD]: Sie haben kein
Konzept!) (D)

Dabei leiten uns natürlich die Vorgaben der Schuldenbremse des Grundgesetzes. Die neue Schuldenregel gilt erstmals für die nun anstehende Aufstellung des Haushaltes 2011 und den Finanzplan bis 2014. Bis zum Jahr 2016 müssen wir die strukturelle Neuverschuldung im Bundeshaushalt auf unter 35 Prozent des Bruttoinlandsproduktes zurückführen. Hierfür sind entschiedene Konsolidierungsschritte erforderlich. In absoluten Zahlen heißt das: Der Bund muss seine strukturelle Neuverschuldung bis 2016 jährlich um 10 Milliarden Euro abbauen.

Es gibt keine verantwortbare Alternative zu einer solchen Politik. Wir müssen raus aus dem Schuldenwachstum, das dazu geführt hat, dass bereits heute bei historisch niedrigen Zinsen 37 Milliarden Euro im Bundeshaushalt allein für Zinsen ausgegeben werden müssen. Wenn wir unsere Handlungsfähigkeit auch in Zukunft sichern wollen, müssen wir diese Entwicklung stoppen. Dazu ist diese Koalition entschlossen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Gerade vor diesem Hintergrund haben wir im Koalitionsvertrag eine goldene Regel für die Finanzpolitik festgehalten: vor allem ein dezidiertes Bekenntnis zur Schuldenbremse sowie zu den Vorgaben des Stabilitäts- und Wachstumspaktes. Wir haben einen expliziten Finanzierungsvorbehalt für alle Ausgaben und Haushaltsbelastungen festgeschrieben.

(Hubertus Heil [Peine] [SPD]: Hört! Hört!)